



**FRIEDRICH NAUMANN  
STIFTUNG** Für die Freiheit.

# EINHEIT UND FREIHEIT



**Die liberale  
Deutschland- und  
Entspannungspolitik  
1945-1990/91**

# Impressum

## Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Truman Haus  
Karl-Marx-Straße 2  
14482 Potsdam-Babelsberg

@ /freiheit.org

F /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📄 /FNFreiheit

@ /stiftungfuerdiefreiheit

## Autor

Dr. Jürgen Frölich, Bonn

## Bildredaktion

Susanne Ackermann,  
Archiv des Liberalismus, Gummersbach

## Redaktion

Archiv des Liberalismus  
der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

## Kontakt

Telefon: +49 30 22012634  
Telefax: +49 30 69088102  
E-Mail: service@freiheit.org

## Stand

August 2022

## ISBN

978-3-9822020-9-9

## PUBLIC HISTORY

In unserer Reihe „Public History“ geben wir Einblick in das Leben und Wirken liberaler Persönlichkeiten und erinnern an bedeutende Ereignisse der Zeitgeschichte zu den Themen Freiheit und Demokratie.

### Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Diese Publikation wurde mit einem Druckkostenzuschuss des Verbandes liberaler Akademiker e.V. erstellt.

# Inhaltsverzeichnis

## 01 Zwei liberale Traditionen

04 Die lange Vorgeschichte

## 02 Einheit im Kalten Krieg (1945-1961)

08 Allein durch Stärke zur Einheit?

## 03 Exkurs: Wolfgang Schollwer

12 Wandlungen eines liberalen Vordenkers

## 04 Außen- und deutschlandpolitische Neuorientierung (1962-1969)

16 FDP im Aufbruch

## 05 Akteur der Entspannungspolitik (1970-1975)

20 Über Sicherheit und Frieden auch zur Einheit

## 06 Rückschläge und neuer Aufbruch (1975-1989)

24 Der beharrliche Außenminister

## 07 Das Konzept geht auf (1989/90)

28 Wiedervereinigung  
unter liberalen Vorzeichen

## 08 Epilog

34 Was bleibt

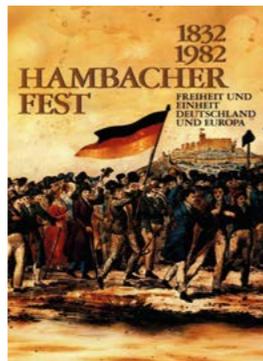
## 09 Im Überblick

38 Zeittafel  
42 Die Friedrich-Naumann-Stiftung  
für die Freiheit  
44 Bildlegenden  
45 Quellen und Literatur (Auswahl)

# ZWEI LIBERALE TRADITIONEN

## 01 Die lange Vorgeschichte

Will man die Deutschlandpolitik der FDP nach dem Zweiten Weltkrieg richtig einordnen und den weltpolitischen Umbruch von 1989/90 verstehen, so empfiehlt es sich, zwei wichtige Traditionen des deutschen Liberalismus mit in Betracht zu ziehen: Dieser sah sich selbst seit seinen Anfängen als „Partei der (deutschen) Einheit“, und er begründete bereits vor rund 100 Jahren die Traditionslinie der späteren Entspannungspolitik.



**Ankündigungspakat der FDP-Bundespartei** anlässlich der 150-Jahrfeier des Hambacher Festes, 1982

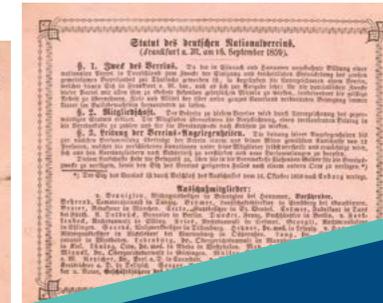
Die erste Traditionslinie lässt sich tief ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Schon im sogenannten „Vormärz“ war die Formel „Einheit und Freiheit“ vor 1848 das einigende Motto der verschiedenen liberalen Strömungen, am deutlichsten vernehmbar 1832 auf dem „Hambacher Fest“, der ersten politischen Massendemonstration in der deutschen Geschichte mit über 20.000 teilnehmenden Männern und Frauen. Man zielte auf die Bildung eines deutschen Nationalstaats, der auf einer gesamtdeutschen Verfassung mit Grundrechten und parlamentarischer Mitbestimmung beruhen sollte. Ein solcher Nationalstaat galt als doppelter Garant für die Freiheit im Inneren gegen die Fürstenherrschaft und zugleich nach außen gegen die Intervention fremder Mächte. Konkret in Angriff genommen wurde die schwierige Vereinigung der in vielen Staaten voneinander getrenntlebenden Deutschen von der 1848 gewählten Frankfurter Nationalversammlung, die von den Liberalen unterschiedlicher Couleur dominiert wurde und die im Frühjahr 1849 erstmals eine gesamtdeutsche Verfassung samt Grundrechtskatalog vorlegte.



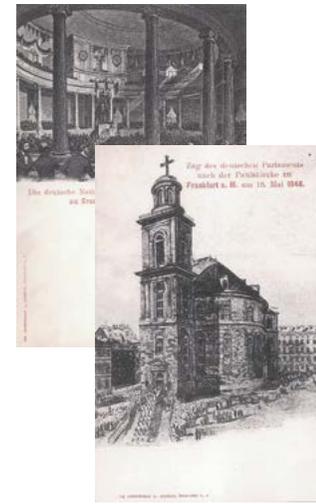
**Lithographie**  
Preußen vertreibt die Germania, 1848

Auch wenn die Liberalen 1849 zunächst mit ihrem Einigungsversuch scheiterten, hielten sie an ihrem großen Ziel fest und gründeten dafür 1859 den „Deutschen Nationalverein“, der zugleich der Kern für die kurz darauf gegründete erste Partei im modernen Sinn, die Deutsche Fortschrittspartei, war. In ihrem Gründungsprogramm stand die „feste Einigung Deutschlands“ unter preußischer Führung und mit einem Nationalparlament ganz oben. Diese Programmatik traf den Nerv der Zeit, der öffentliche Druck in Richtung Einheit Deutschlands wurde stärker. Bismarck nahm diesen auf und trug der Entwicklung mit seiner Politik zwischen 1866 und 1871 Rechnung. Das „Deutsche Reich“ wurde gegründet.

**Mitgliedskarte des Deutschen Nationalvereins**  
Unterschrieben vom Präsidenten Rudolf von Bennigsen



Obwohl der Bismarck-Staat in vielem keineswegs liberalen Grundsätzen entsprach, empfanden die Liberalen seine Entstehung mit Blick auf die Einheit und das Institutionengefüge doch auch als ihr Werk. Allerdings spaltete die Frage, ob der Bewahrung der nun erreichten „Einheit“ oder ihrem „freiheitlichen Ausbau“ der Vorrang zukommen sollte, die liberale Bewegung: Nationalliberale – „Das Vaterland über den Parteien“ – traten im Zweifel eher für erstes ein, während Linksliberale wie etwa Friedrich Naumann immer stärker eine Systemänderung in Richtung von mehr Demokratie anstrebten. Mit der Weimarer Reichsverfassung erreichten sie nach dem Ersten Weltkrieg dieses Ziel, sahen es aber mit den Folgen der Kriegsniederlage von 1918 belastet.



**Das Paulskirchen-Parlament nimmt seine Beratungen auf**  
Zwei Postkarten aus dem Jahr 1848

# Kirchenglocken im neuen Deutschland!

Am 19. Januar wird die Nationalversammlung gewählt. Sie wird darüber zu entscheiden haben, wie sich das Verhältnis von Kirche und Staat im neuen Deutschen Reich gestalten soll. Die bisherige Regierung hatte uns Herrn

**Adolf Hoffmann** als Staatsministerernernannt. Dieser „Minister“ verweigerte die **Trennung von Kirche und Staat.**

Welche Arbeit leistete er? Die Religion sollte aus dem neuen Deutschland ausgemerzt werden, wie ein schädlicher Ausländer. Der Staat sollte keinen noch schlimmeren, die Religionen gemindert werden, unterdrückt und schänden. Die Religion sollte partout keine Staatsrechtung in den Schulen haben. Das letzte Verhängnis bereitete nicht der Geist der Kirche, der Mänsung und der Überwältigung.

Die ersten Anordnungen der vorläufigen Regierung wurden von der Mehrheit des deutschen Volkes getilgt oder förmlichst bismigekommen. Die Verfügungen des „Ministers“ für „Wissenschaft, Kunst und Böhlerbildung“ aber trafen einen Sturm des Unwillens, wiewohl der sich in lauten Protesten äußerte. Das deutsche Volk weigerte sich, das Verhängnis anzunehmen. Auch in den eubeherrschten Kreislöhren hatte man es neu gelernt: Der Mensch lebt nicht von Brot allein! Darum traten Evangelische und Katholische mit lauter Stimme der Regierung zu: „Die Hände weg von unserem Heiligtum!“

Was soll nun die Regierung? Sie hielt zwar einen Ansehen in ihrem Reichemere zuwenden lassen, aber ihre Arbeit hat sie nur aufgeboden, nicht aufgehoben!

Deutsche Volksgenossen! Wir erheben einmütig **lauten Protest** gegen derartige Maßnahmen und Willkür der Regierung! Für eine heile, stolze Zukunft erheben wir die mächtigsten Lebewebedingungen für alle Wähler unseres deutschen Volkes.

Aber wir wünschen keine Politik, die nur an einem Willen Scheitern denkt, dabei aber die Schicksalssammer des Deutschen Gemütes entleert.

Religion ist eine persönliche Angelegenheit des einzelnen Menschen. Denn! Aber sie ist auch eine wichtige Angelegenheit des ganzen Volkes! Religiösität gehört zu dem wichtigsten Bestand der deutschen Kultur. Jeder Schlag gegen die Religion ist ein Schlag gegen die deutsche Volkseele! Niemand darf schiel, werdet für das Volk des deutschen Volkes! Niemand darf ungestraft unsere Religion antasten! Wir treten lebhaft vor unsere Altäre! Wir verlangen mit aller Entschiedenheit **Sicherung und Schutz für die Ausübung der Religion!**

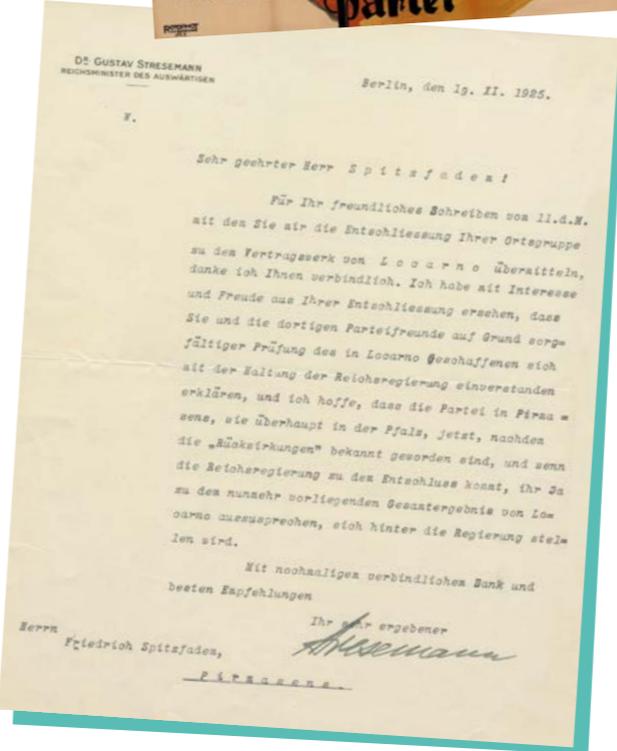
**Im neuen Deutschland sollen weiterhin die Kirchenglocken läuten**  
**Deutsche demokratische Partei**

Partei: „Demokratische Arbeiter“  
in sämtlichen Kreisen der Deutschen Zeit.  
in allen Kreisen der Nationalversammlung für Deutschland.  
Vertrieb: November 1914, 1915.  
Zentralvertrieb: Demopartei.

Lesen und an Männer und Frauen weitergeben!

Der verlorene Krieg führte außenpolitisch zu einem Umdenken bei vielen Liberalen. Zwar lehnte man unisono die Friedensbedingungen ab, wie sie 1919 im Vertrag von Versailles von den Alliierten festgelegt worden waren. Aber zur Änderung der als bedrückend und ungerecht empfundenen Situation setzte man gegen starke innenpolitische Widerstände anderer politischer Strömungen auf eine Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern. Den Anfang machte der linksliberale Außenminister Walther Rathenau, der nicht nur 1922 in Rapallo einen Vertrag mit der international geächteten Sowjetunion abschloss, sondern bereits gesamteuropäische und weltwirtschaftliche Ideen zur multilateralen Zusammenarbeit entwickelte. Nicht zuletzt deshalb wurde er zur in radikalnationalistischen Kreisen verhassten Person und fiel im Sommer 1922 einem Attentat zum Opfer. Sein späterer Nachfolger, der national-liberale Gustav Stresemann, hat den Rapallo-Vertrag 1926 in einem zweiten Abkommen noch vertieft.

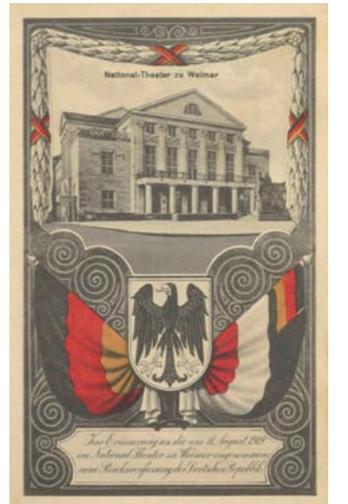
**Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)**  
anlässlich der Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung, 19. Januar 1919



**Wahlplakat der Deutschen Demokratischen Partei**  
zur Reichstagswahl 1924

Gerade mit Stresemanns Namen ist aber mehr noch eine andere zukunftsweisende Entwicklung verbunden, die Ansätze von Rathenau fortführte und für die vor allem der Vertrag von Locarno steht. Mit ihm sollte ein Schluss-Strich unter die uralte deutsch-französische „Erbeindschaft“ gezogen werden und zugleich der Wiederaufbau des kriegsgeschüttelten Europas durch Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin vorangetrieben werden. Derartige konstruktive Ansätze scheiterten dann aber nach Stresemanns Tod in der Weltwirtschaftskrise ab 1929, bei der alle Staaten mit verheerenden innen- und außenpolitischen Folgen wieder ihr „nationales Interesse“ resolut in den Mittelpunkt stellten und einen isolationalistischen Kurs verfolgten.

**Brief des Reichsministers des Auswärtigen Gustav Stresemann**  
an Friedrich Spitzfaden über den Locarno-Vertrag, 19. November 1925



**Postkarte mit dem Motiv des Deutschen Nationaltheaters**  
Zur Erinnerung an die am 11. August 1919 zu Weimar angenommene Reichsverfassung der Deutschen Republik

# EINHEIT IM KALTEN KRIEG (1945-1961)

## 02 Allein durch Stärke zur Einheit?

Nach dem von den Nationalsozialisten vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkrieg waren sowohl das Verhältnis zu den Nachbarstaaten völlig zerrüttet als auch die deutsche Einheit zerbrochen; das Land zerfiel in vier Besatzungszonen. Neben der Wiederaufrichtung von Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft einte der Wille zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die deutschen Nachkriegsliberalen über die Zonen Grenzen hinweg. Wie 100 Jahre zuvor versuchten sie durch eigene organisatorische Strukturen der staatlichen Einheit den Weg zu bahnen: Anfang 1947 wurde von ihnen die einzige Dachorganisation geschaffen, die Parteien aus Ost- und Westdeutschland vereinte. Angesichts der Zuspitzung im Kalten Krieg und der undemokratischen Entwicklung

Werbeplakat  
des FDP-Landesverbandes  
Nordrhein-Westfalen, 1949



Koordinierungsausschuss der  
Demokratischen Partei Deutschlands (DPD)  
v.l.n.r. Günther Stempel, Wilhelm Ackermann,  
Curt-Christian Elster, Erich Frank, Nora Melle,  
Leonhard Moog, Günther Mossner, Wilhelm Falk,  
Arthur Lieutenannt, Theodor Heuss, Wilhelm Külz,  
Anton Schöpke, Carl-Hubert Schwennicke,  
Hermann Kastner, Alphons Gaertner, Johannes  
Dieckmann, Max Suhrbier, Paul Scheffler,  
10. Juli 1947

in der Sowjetischen Besatzungszone war der „Demokratischen Partei Deutschlands“ allerdings nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Aber sie begründete ein besonderes Verhältnis zwischen Freidemokraten im Westen und Liberaldemokraten im Osten, das zum Alleinstellungsmerkmal im deutschen Parteiensystem während der Teilung wurde. Unter ihren jeweiligen Vorsitzenden Theodor Heuss und Wilhelm Külz gingen die 1948 gegründete westdeutsche FDP und die ostdeutsche LDP dann allerdings als Parteien im Kalten Krieg getrennte Wege.



Postkarte  
anlässlich des außerordentlichen FDP-  
Bundesparteitages in Lübeck an die Liberalen  
der „Ostzone“ (DDR), 27./28. Juni 1953



**Ballonaktion  
mit Flugblättern des FDP-Ostbüros**  
an der innerdeutschen Grenze, 1952/53

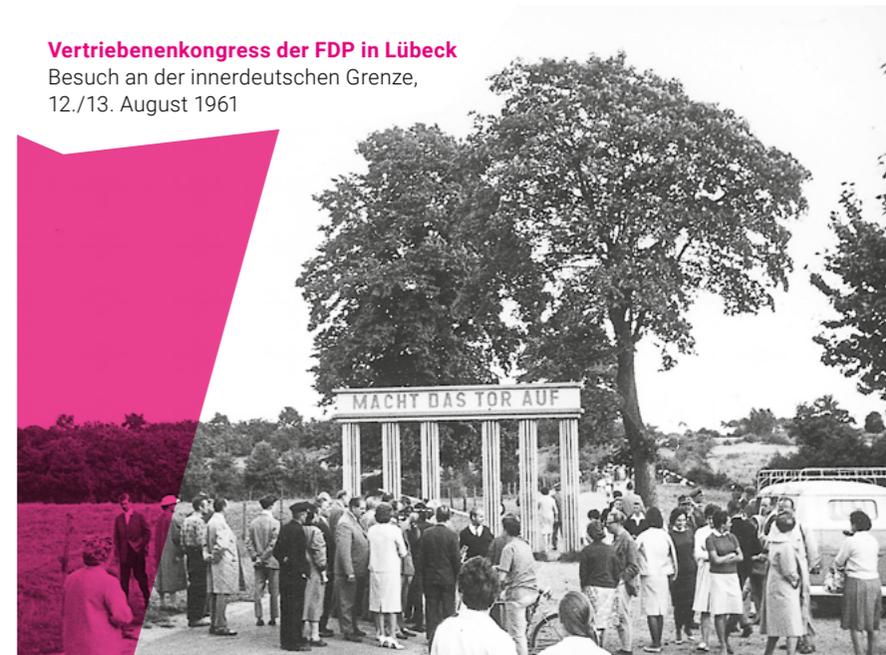
Die FDP unterstützte grundsätzlich den Aussöhnungskurs, den Bundeskanzler Adenauer in Richtung Westen und insbesondere gegenüber Frankreich verfolgte, war er doch auch eine Wiederaufnahme der Ansätze Stresemanns aus den 1920er Jahren. Allerdings wollte sie nicht, dass damit die deutsche Teilung auf Dauer zementiert würde, was zu Konflikten auf außenpolitischem Gebiet in der seit 1949 regierenden CDU-FDP-Koalition führte. Diese schaukelten sich 1955/56 über die Frage hoch, ob das nach 1945 abgetrennte Saarland internationalen Status beibehalten oder sich an die Bundesrepublik anschließen sollte. Für letzteres trat die FDP ein, wofür sich auch die Saarländer in einer Volksabstimmung mit großer Mehrheit entschieden; darüber zerbrach aber die Regierungskoalition in Bonn.



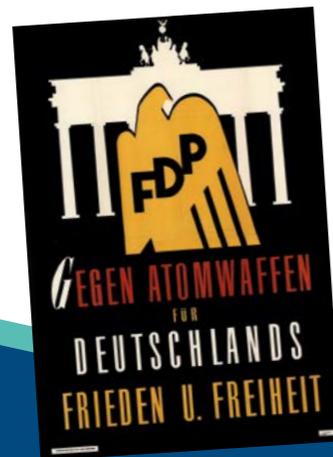
**Treffen von FDP und LDPD in Weimar**  
v.l.n.r. Erich Mende, Walter Scheel,  
Wolfgang Döring, Harald Werthmann,  
Rudolf Agsten und Manfred Gerlach,  
4.-6. Oktober 1956

Befreit von Regierungszwängen, gingen die Freidemokraten deutschlandpolitisch neue Wege, suchten wiederum das Gespräch mit den Liberaldemokraten und legten 1959 einen Plan für eine Wiedervereinigung mittels Verhandlungen der Siegermächte sowie der beiden deutschen Staaten untereinander vor. Aber zunächst die gewaltsame Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn 1956 durch sowjetische Truppen und vor allem der Bau der Berliner Mauer fünf Jahre später zeigten, dass eine Überwindung der deutschen Teilung zu diesem Zeitpunkt weder im Interesse der Weltmächte zu sein noch auf absehbare Zeit ein Zurückdrängen des Ostblocks möglich schien. Ein generelles Umdenken, vor allem eine Perspektiv-erweiterung waren nun geboten.

**Vertriebenenkongress der FDP in Lübeck**  
Besuch an der innerdeutschen Grenze,  
12./13. August 1961



**Plakat des  
FDP-Landesverbandes Bremen**  
zur Bundestagswahl 1957



**Plakat des  
FDP-Landesverbandes  
Nordrhein-Westfalen**  
zur Bundestagswahl 1961

# EXKURS: WOLFGANG SCHOLLWER

## 03 Wandlungen eines liberalen Vordenkers

Exemplarisch für den Prozess, der sich in den 1960er Jahren bei den Freien Demokraten vollzog, steht Wolfgang Schollwer (1922-2020). Der Potsdamer Arztsohn wurde nach dem Abitur zum Kriegseinsatz eingezogen, welchen er, wiewohl persönlich eigentlich ganz unmilitärisch, als Reserveoffizier beendete. Das wiederum verhinderte nach der Rückkehr in seine Heimatstadt das angestrebte Medizinstudium, weshalb Schollwer auf das Angebot der örtlichen LDP einging, die Geschäftsführung des Stadtverbandes

zu übernehmen. Bald stieg er zum brandenburgischen Landessekretär auf und betrieb schwerpunktmäßig Jugendpolitik. Das war ein Feld, auf dem es vor allem wegen der Zwangsmitgliedschaft in der Freien Deutschen Jugend (FDJ) die wohl schärfsten Auseinandersetzungen um den Führungsanspruch der SED gab. Auch Schollwer geriet in diese Konflikte hinein und entzog sich den Repressionen von Seiten der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer deutschen Helfer 1950 durch Flucht in den Westen.



**FDP-Bundesparteitag  
am 28. Januar 1960 in Stuttgart:**  
v.l.n.r. Oswald Kohut, Wolfgang Schollwer  
und Erich Mende

1951 bot die FDP-Bundesgeschäftsführung ihm einen Posten in ihrem Bonner „Ost-Büro“ an. Dessen Aufgaben waren die Betreuung von DDR-Flüchtlingen einerseits sowie „Aufklärungs- und Infiltrationsarbeit“ in der DDR selbst andererseits, jeweils mit den Liberaldemokraten als Hauptzielgruppe. Der Job war für beide Seiten riskant: Auf die Ost-Büro-Mitarbeiter wurden Agenten des DDR-Staatssicherheitsdienstes angesetzt, die auch vor Entführungen nicht zurückschreckten, und Liberaldemokraten drohten bei Bekanntwerden von West-Kontakten drakonische Strafen.

Wolfgang Schollwer war in dieser Zeit ein Anhänger der „Politik der Stärke“, die auf Zurückdrängung der Sowjetunion und den nachfolgenden Zerfall ihres Imperiums setzte. Ihm waren Gespräche mit dem „Osten“ nicht ganz geheuer, selbst wenn sie wie 1956 in Garmisch und Weimar von der eigenen Partei geführt wurden, weil sie eine Aufweichung der westlichen Position mit sich bringen konnten.

“ **Die FDP muß auf jeden Fall unverzüglich die deutsche Lage von Grund auf neu durchdenken und zunächst für sich ... die unvermeidlichen Entscheidungen in der deutschen Frage treffen.**

Wolfgang Schollwer, 1962



**Wolfgang Schollwer am Rednerpult**  
anlässlich der Tagung der LDP-Landesbeiräte Hessen und Rheinland-Pfalz am 12. April 1966 in Frankfurt/M.

Gleichwohl gegen seinen Willen stellte die FDP-Führung zur Jahreswende 1956/57 die Arbeit des Ost-Büros weitgehend ein, weil die Risiken einfach zu hoch waren. Schollwer wechselte in die FDP-Pressestelle. Die Schließung des Ost-Büros war aber insofern vorausschauend, als spätestens mit dem Bau der Berliner Mauer die Möglichkeiten von direkten Ost-West-Kontakten „auf privater Ebene“ weitgehend unterbunden wurden und eine entsprechende Ostarbeit unmöglich wurde. Die dadurch erfolgte endgültige Schließung der innerdeutschen Grenze war es dann auch, die Wolfgang Schollwer grundsätzlich zum Umdenken bewog.

# AUSSEN- UND DEUTSCHLANDPOLITISCHE NEUORIENTIERUNG (1962-1969)

## 04 FDP im Aufbruch

Mit dem Mauerbau und der Kuba-Krise kurz darauf war es weitsichtigeren Betrachtern klar, dass der Status quo im Ost-West-Verhältnis sich nicht schnell ändern würde und dass es sogar geboten schien, diesen nicht mit aller Macht ändern zu wollen, weil daraus schnell ein atomares Inferno hervorzugehen drohte. Die damit verbundene vorläufige Akzeptanz der deutschen Teilung fiel vielen schwer, zumal man allgemein in der Bundesrepublik vom Recht auf eine Wiedervereinigung überzeugt war, wie es auch im Grundgesetz 1949 festgeschrieben worden war.

Gerade im Lager der Liberalen wurden nun, zunächst noch verborgen, Überlegungen angestellt, wie der „Eiserne Vorhang“, also die stark befestigte Ost-West-Grenze zwischen Ostsee und Adria, „löchriger“ gemacht und das Gemeinschaftsgefühl der Deutschen in Ost und West erhalten bzw. verstärkt werden könnte. Als einer der ersten legte Wolfgang Schollwer im April 1962 ein internes Positionspapier hierzu vor. Unter Wiederaufnahme von Vorschlägen, die schon zuvor der baden-württembergische FDP-Abgeordnete Karl-Georg Pfeleiderer und der mit ihm befreundete Reinhold Maier



Plakat des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Kommunalwahl 1964

1952/53 vorgebracht hatten, forderte Schollwer ein Zugehen auf die Interessen der sowjetischen und der DDR-Führung. Durch solche „Klimaverbesserungen“ sollten die Gräben zwischen Ost und West allmählich zugeschüttet und die beiden deutschen Staaten wieder mehr miteinander „verklammert“ werden.

Das widersprach dem Kurs der deutschlandpolitischen Traditionalisten innerhalb und außerhalb der FDP, die weder die DDR in irgendeiner Form anerkennen noch auf die ehemaligen deutschen Gebiete östlich von Neiße und Oder verzichten wollten. Deshalb distanzierte sich auch der damalige FDP-Vorsitzende Erich Mende, selbst in Schlesien geboren, von Schollwers Papier, als dies durch Indiskretion 1964 öffentlich bekannt wurde. Andere FDP-Politiker wie Walter Scheel, Wolfgang Mischnick und Hans-Dietrich Genscher sahen jedoch ebenfalls die Zeit für eine Neuorientierung gekommen. Mischnick, wie Schollwer ursprünglich Liberaldemokrat, nahm 1966 demonstrativ an einem Treffen von Freidemokraten mit Liberaldemokraten in Bad Homburg teil und sah fortan die Beziehungen zur ehemaligen Schwesterpartei im Osten als seine zentrale Aufgabe an.

Hans-Dietrich Genscher, ein weiteres ehemaligen LDP-Mitglied, entwarf im selben Jahr 1966 mit einer Rede in Stuttgart den Grundriss für eine neue europäische Sicherheitsordnung. Sie sollte alle Staaten in Europa umfassen, von den beiden Weltmächten UdSSR und USA garantiert sein und auch Raum für eine Wiederannäherung der Deutschen in Ost und West eröffnen.

In ähnliche Richtung gingen kurz darauf Wolfgang Schollwer mit einem zweiten Positionspapier und FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin mit einem Aufsatz unter dem Titel „Die Stunde der Wahrheit“. Beide forderten explizit die Anerkennung aller bestehenden Grenzen einschließlich der an Oder und Neiße, also den Verzicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete, und Verhandlungen mit der DDR-Führung über Verbesserungen im innerdeutschen Austausch bei faktischer, aber nicht staatsrechtlicher Anerkennung des zweiten deutschen Staates.

## Wir haben nicht für die DDR zu sprechen, sondern mit der DDR. Schluß mit dem Alleinvertretungszopf.

Was hatte die große Koalition versprochen? Sie wollte die großen Fragen lösen. Aber sie ist die Antwort schuldig geblieben. Auch in der Deutschlandfrage. Dort sind wir immer noch Gefangene der eigenen Formeln. Hallstein-Doktrin. Alleinvertretungs-Anspruch. Das sind alte Zöpfe, sagt die FDP. Nicht zaghaft daran zupfen wie die Bundesregierung – sondern ab damit! Wer sollte in der deutschen Frage etwas tun, wenn nicht die Deutschen selbst?

Die FDP meint: Es ist Zeit, aktiv zu werden. Die FDP ist für Verhandlungen mit der DDR und der Sowjetunion. Ziel: Abschluß eines Staatsvertrages mit der DDR. Über gegenseitigen Gewaltverzicht und ein vernünftiges Nebeneinander. Für verstärkten Handel, für Zusammenarbeit im Verkehr, in Wissenschaft, Kultur und Sport. Und nicht zuletzt: Für die Sicherung der Lebensfähigkeit Berlins. Berlin muß eine Zukunft haben. Die Zufahrtswege müssen sicher sein.

Das bringt Entspannung und dadurch mehr Sicherheit. Für beide Seiten. Die FDP hat jetzt als erste Partei einen Vertragsentwurf auf den Tisch gelegt. Sie will dazu Ihre Meinung. Damit es endlich vorwärts geht mit Frieden und Sicherheit in Europa. Es gibt genug Leute, die vernünftig denken. Sie bilden eine starke fortschrittliche Kraft. Die FDP verschafft ihnen das Recht, in diesem Staat gehört zu werden. Sagen Sie uns, ob Sie dabei sind.

### F.D.P.

Wir legen Wert auf Ihre Meinung. Bitte nehmen Sie Stellung.

1. Sind Sie dafür, daß mit der DDR verhandelt wird?	Ja/Nein
2. Sind Sie dafür, daß die Bundesrepublik ihren Alleinvertretungsanspruch aufgibt?	Ja/Nein
3. Sind Sie dafür, daß die Bundesrepublik die Hallstein-Doktrin aufgibt?	Ja/Nein
4. Sind Sie dafür, daß beide Seiten Gewaltverzichtserklärungen austauschen?	Ja/Nein
5. Sind Sie für eine bessere Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Verkehr und Sport?	Ja/Nein
6. Welche Anregungen haben Sie?	

Jede Meinung zur deutschen Frage ist uns wichtig. Sie können hier vermerken, wenn wir Sie nicht weiter anschreiben sollen – aber nehmen Sie bitte jetzt Stellung. Anschritt

Bitte keine weitere Zusendung  
 Bitte weiteres Informationsmaterial, vor allem den Entwurf für einen Staatsvertrag mit der DDR

Freie Demokratische Partei, Bundesgeschäftsstelle  
 53 Bonn, Bonner Talweg 57

Mit der Übernahme der FDP-Führung durch Walter Scheel – und mit Genscher und Mischnick als seinen Stellvertretern – konnten diese Positionen ab 1968 offiziell in die FDP-Programmatik eingehen. So legte Anfang 1969 die FDP-Bundestagsfraktion einen Entwurf für ein Abkommen mit der DDR vor, der neben offiziellen diplomatischen Beziehungen – die aus rechtlichen Gründen anders genannt werden sollten – vor allem Abmachungen zum innerdeutschen Reiseverkehr einschließlich des Zugangs nach West-Berlin sowie zu Handel, Kommunikation etc. vorsah. Wenig später reiste die FDP-Spitze nach Moskau, wo sie, obwohl seit Ende 1966 in Bonn in der Opposition, von der sowjetischen Führung empfangen wurde. Beides waren eindeutigen Signale, in welche Richtung die FDP gehen wollte, wenn sie nach der anstehenden Bundestagswahl wieder zur Regierungspartei werden sollte.

„Als Mittel der Entkrampfung zwischen Bonn und Ost-Berlin sind im Benehmen mit unseren Verbündeten Verhandlungen aufzunehmen, die ein zeitlich befristetes geregeltes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete zum Gegenstand haben.“

Zitat aus: Ziele des Fortschritts. Aktionsprogramm der Freien Demokratischen Partei 1967

Flugblatt der FDP zur Bundestagswahl 1969

# AKTEUR DER ENTSPANNUNGSPOLITIK (1970-1975)

## 05 Über Sicherheit und Frieden auch zur Einheit

Da bei den Sozialdemokraten, namentlich im Umfeld von Willy Brandt und Egon Bahr, ähnliche Überlegungen angestellt worden waren, wurden die Deutschland- und Ostpolitik zu tragenden Säulen für die Koalition mit der SPD, die die Freien Demokraten im Oktober 1969 trotz einer nur knappen Bundestags-Mehrheit eingingen. Als Außenminister saß Walter Scheel dabei an einer zentralen Schaltstelle, die er dazu nutzte, die Vertragswerke der neuen deutschen Ostpolitik maßgeblich zu beeinflussen. Zu nennen ist hierbei vor allem der von ihm formulierte „Brief zur Deutschen Einheit“,

den Scheel anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages mit der UdSSR der sowjetischen Führung überreichte. Damit bekundete er, dass die Bundesrepublik am Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung festhalte, auch wenn sie die bestehenden Grenzen in Europa einschließlich der polnischen Westgrenze nun offiziell anerkenne. Im Vertrag verpflichteten sich beide Seiten darauf, bei internationalen Streitigkeiten auf Gewalt zu verzichten und die Beziehungen zwischen Ost und West zu entspannen. Grenzfragen sollten im gegenseitigen Einvernehmen geregelt werden.



**Moskauer Vertrag**

Begrüßung in Moskau, v.l. Willy Brandt, Aleksej Kossygin und Walter Scheel, August 1970

Der Moskauer Vertrag von 1970 bildete den Auftakt zu einer neuen Phase im Ost-West-Verhältnis, aus der weitere internationale Verträge – der Warschauer Vertrag mit Polen im gleichen Jahr und der Prager Vertrag mit der CSSR drei Jahre später sowie ein Abkommen der vier Siegermächte über Berlin – hervorgingen.

Durch den „Grundlagen-Vertrag“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR von Ende 1972 wurden auch die innerdeutschen Beziehungen auf eine neue Basis gestellt: Bonn und Ost-Berlin bekannten sich zur Charta der Vereinten Nationen und verzichteten jeweils auf einen Alleinvertretungsanspruch. Zugleich wurden Verbesserungen bzw. Erleichterungen im Reiseverkehr sowie im kulturellen und wirtschaftlichen Austausch in Aussicht gestellt, ganz wie es der FDP-Vorschlag knapp vier Jahre zuvor vorgesehen hatte. Ihm entsprechend waren diese Beziehungen auch „besonderer Art“, also nicht im völkerrechtlichen Sinne zwischen zwei „ausländischen“ Staaten; die Bevollmächtigten in den jeweiligen Hauptstädten trugen deshalb auch nicht den Titel Botschafter, sondern „Ständige Vertreter“.

**Warschauer Vertrag**

Walter Scheel, Willy Brandt, Josef Cyrankiewicz und Stefan Jedrychowski bei der Vertragsunterzeichnung im Palais des Ministerrats, Dezember 1970



Dieser Entspannungskurs war innenpolitisch heftig umstritten, die christdemokratische Opposition suchte ihn mit Hilfe eines „Konstruktiven Misstrauensvotums“ im April 1972 zu torpedieren. Die Abwahl Willy Brandts scheiterte jedoch, da Rainer Barzel als Gegenkandidat die notwendige absolute Mehrheit knapp verfehlte. Bei der anschließenden Bundestagsneuwahl wurde die sozial-liberale Politik im November 1972 von der Wählermehrheit klar bestätigt.

Der Ansatz der Entspannungspolitik entsprach auch dem allgemeinen weltpolitischen Trend: 1973 wurden beide deutschen Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen. Im selben Jahr begann in Helsinki eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), an der – so wie es liberale Entspannungspolitiker ein Jahrzehnt zuvor vorgeschlagen hatten – auch die USA und Kanada teilnahmen.

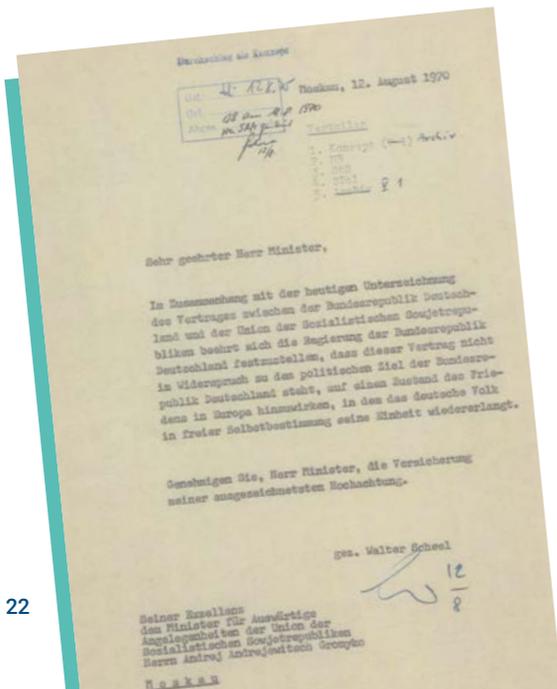
**Wolfgang Mischnicks zu Besuch bei der Fraktion der LDPD,**  
Berlin (Ost), 31. Mai 1973



Die Bedeutung der Konferenz und der in der KSZE-Schlussakte 1975 vereinbarten Grundsätze erkannte vor allem Scheels liberaler Nachfolger an der Spitze des Auswärtigen Amtes, Hans-Dietrich Genscher. Dieser sollte dann für fast zwei Jahrzehnte die deutsche Außenpolitik bestimmen und sie zu einem Höhepunkt an internationalem Einfluss führen.

**Brief zur „Deutschen Einheit“**

Bundesaußenminister Walter Scheel  
an seinen sowjetischen Amtskollegen  
Andrej Gromyko,  
Moskau 12. August 1970



In Helsinki verpflichteten sich auch die Länder des Ostblocks zur Einhaltung von Menschenrechten und bekannten sich gemeinsam mit dem Westen ausdrücklich nochmals zum Gewaltverzicht und zur Anerkennung der bestehenden Grenzen. Zumindest für Europa konnte man seitdem von einer „regelbasierten“ internationalen Politik sprechen. Für die Bürgerrechtsbewegungen im Ostblock war „Helsinki“ eine Grundlage zur Begründung ihrer Bestrebungen, wenn gleich die repressive Praxis der Regierungen im Ostblock nicht unterbunden werden konnte.

Genschers außenpolitisches Ziel war es, in völligem Einklang mit der von ihm seit 1974 geführten FDP, nun zum einen, diesen Entspannungsprozess nach Möglichkeit auszubauen, zumindest aber dauerhaft zu sichern. Das sollte zugleich die Chancen für eine mögliche Wiedervereinigung erhöhen. Allerdings ging niemand davon aus, dass diese schnell auf der Tagesordnung stehen würde. Dennoch beschwor Genscher bei jedem Auftritt vor der UNO-Vollversammlung das Festhalten der Bundesrepublik an einer Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, so wie es das Grundgesetz vorgab und im „Brief zur Deutschen Einheit“ bekräftigt worden war.

**„ Die Teilnehmerstaaten werden gegenseitig ihre souveräne Gleichheit und Individualität ... achten, einschließlich insbesondere des Rechtes eines jeden Staates auf rechtliche Gleichheit, auf territoriale Integrität sowie auf Freiheit und politische Unabhängigkeit.**

KSZE-Schlussakte, 1975



**KSZE-Konferenz in Helsinki:**

Andrei Gromyko begrüßt Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, 1975

# RÜCKSCHLÄGE UND NEUER AUFBRUCH (1975-1989)

## 06 Der beharrliche Außenminister

Ende der 1970er Jahre aber schienen beide Ziele Genschers wieder in weite Ferne zu rücken: Der sich ausweitende Konflikt im Nahen Osten hatte negative Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, der seit 1945 anhaltende Wirtschaftsboom kam in Europa und anderswo vorerst zum Ende. Zugleich schienen die USA nach den Niederlagen in Vietnam und später im Iran als Welt- und Führungsmacht auf dem Rückzug. Die Sowjetunion wollte dies machtpolitisch nutzen, indem sie 1979 Afghanistan besetzte und zugleich mit Westeuropa bedrohende Mittel-



**14. Parteitag der LDPD,  
8.-9. April 1987 in Weimar**

Begrüßung der Ehrengäste: Manfred Gerlach  
schüttelt Wolfgang Mischnick die Hand

streckenraketen aufrüstete. Der Entspannungspolitik drohte ein schwerer Rückschlag, wenn nicht sogar das Aus, was nicht ohne Rückwirkungen auf die innerdeutschen Beziehungen bleiben konnte.

Hans-Dietrich Genscher ließ sich davon nicht beirren, passte aber seinen außenpolitischen Kurs an: Nicht zuletzt auf seine Initiative hin fasste die NATO Ende 1979 einen „Doppelbeschluss“, der einerseits die Aufstellung von eigenen Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa ankündigte, zugleich aber der Sowjetunion Abrüstungsverhandlungen anbot. Der erste Teil der Maßnahmen war innenpolitisch hoch umstritten und ein wichtiger Grund für das Ende der sozial-liberalen Koalition im Oktober 1982, da sich die SPD mehrheitlich gegen eine Nachrüstung aussprach. In der dann neu gebildeten CDU-FDP-Regierung unter dem Kanzler Helmut Kohl konnte Genscher seine Außenpolitik weitgehend fortsetzen, obgleich nicht nur der neue Koalitionspartner sein Bemühen, mit dem Ostblock im Gespräch zu bleiben, argwöhnisch beobachtete.

## LIBERALE LEISTUNGSBILANZ 69/76

# Vom kalten Krieg zur Entspannung.

# F.D.P. die Liberalen

Glücklicherweise gestaltete sich die innerdeutsche Entwicklung schließlich anders, auch weil die CDU, lange Zeit scharfe Gegnerin der Entspannungspolitik, nun auf die seit 1969 von den sozial-liberalen Kabinetten verfolgte deutschlandpolitische Linie einschwenkte und es deshalb zu keiner neuen „Eiszeit“ zwischen Bonn und Ost-Berlin kam. Die FDP nutzte das, vor allem in Gestalt des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick, um die Kontakte zur LDPD auszubauen. Diese intensivierten sich in den 1980er Jahren, was mit ein Grund für den Mitte des Jahrzehnts einsetzenden allmählichen Emanzipationsprozess der Liberaldemokraten von der Vormundschaft durch die SED war, ohne allerdings, dass sie dabei deren Führungsanspruch generell bestritten oder in Frage stellten.

Hierbei machte sich auch eine Entwicklung im Zentrum des sowjetischen Machtbereichs bemerkbar, deren Bedeutung wiederum am schnellsten Hans-Dietrich Genscher erkannte: 1985 übernahm Michail Gorbatschow die Führung der Sowjetunion und wollte das riesige Reich für unumgängliche Reformen in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft öffnen. Zunächst im Westen eher belächelt bzw. als neue Form sowjetischer Hegemonialbestrebungen eingeschätzt, rief dann Hans-Dietrich Genscher als einer der ersten Anfang 1987 in einer aufsehenerregenden Rede beim Davoser Weltwirtschaftsforum dazu auf, den neuen Mann im Kreml und seine Öffnungspolitik „ernst und beim Wort“ zu nehmen. Die seit den 1960er Jahren angestrebte und erhoffte Chance auf eine Liberalisierung im Ostblock schien nun plötzlich doch möglich.

Sie eröffnete sich konkret auf zwei Wegen: Zum einen gab Gorbatschows Politik den seit langem existierenden, aber weithin Repressionen ausgesetzten Bürgerrechtsbewegungen in verschiedenen Staaten des Ostblocks Auftrieb. Das hatte auch Rückwirkungen auf die jeweilige Regierungspolitik, am stärksten zunächst in Ungarn, wo die Friedrich-Naumann-Stiftung schon Mitte 1989 ein Auslandsbüro eröffnen konnte. Andererseits kam es zum Durchbruch bei den seit längerem geführten Abrüstungsgesprächen über Atomraketen, was das Klima zwischen den beiden Weltmächten spürbar verbesserte.

Flugblatt der FDP-Bundestagsfraktion, 1976

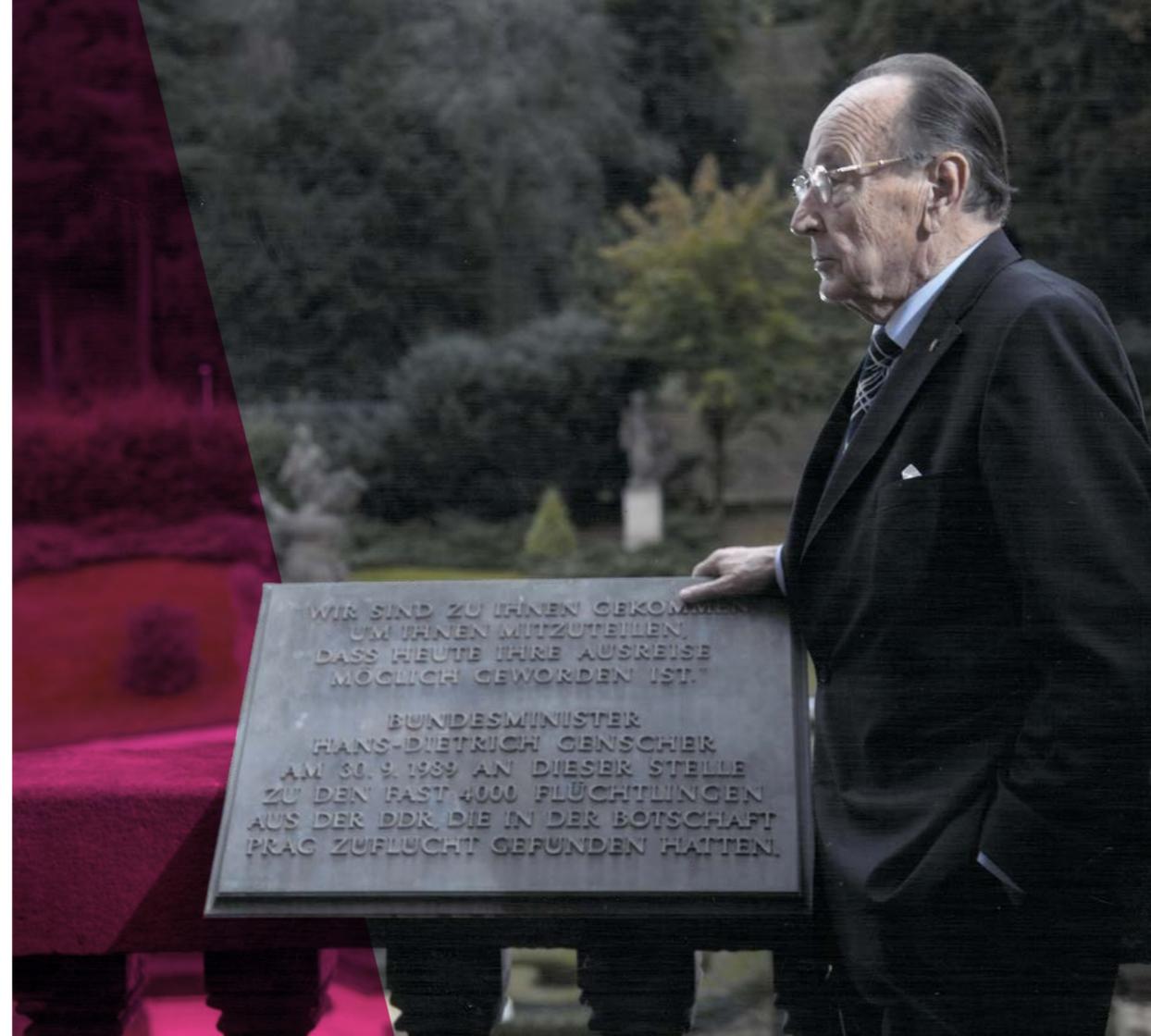


Wolfgang Mischnick vor dem Johannes-Dieckmann-Haus, Geschäftsstelle der LDPD in Dresden, 16. April 1987

# DAS KONZEPT GEHT AUF (1989/90)

## 07 Wiedervereinigung unter liberalen Vorzeichen

Die von der SED bestimmte DDR-Führung weigerte sich jedoch beharrlich, auf den Reformkurs Gorbatschows einzuschwenken, weshalb eine allgemeine Fluchtbewegung unter DDR-Bürgern einsetzte, die über andere Ostblock-Staaten in den Westen strebten. Nach Verhandlungen am Rande der UNO-Vollversammlung konnte am 30. September 1989 Außenminister Genscher den in der bundesdeutschen Botschaft in Prag festsetzenden vielen DDR-Flüchtlingen ihre Ausreise in den Westen verkünden. Damit war eine große Bresche in den immer noch existierenden Eisernen Vorhang geschlagen. Er fiel endgültig, als sechs Wochen danach die SED-Führung dem Drängen ihrer demonstrierenden Bürger nachgab und eine allgemeine Reisefreiheit verkündete.



**Hans-Dietrich Genscher**

an der Gedenktafel auf dem Balkon  
der Prager Botschaft, 2009

Die große Frage war nun, was die neue Freiheit im Ostteil Europas für die DDR bedeutete? Auf der einen Seite hatten die anderen Staaten des sich nun auflösenden Ostblocks fast alle eine eigenständige Geschichte und nationale Identität, an die sie nun ohne sowjetische Vormundschaft wieder anknüpfen konnten und wollten. Der DDR als „Produkt“ des Kalten Krieges fehlte beides; auf der anderen Seite gab es aber nach den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen innerhalb der beiden deutschen Staaten und auch im Ausland große Vorbehalte gegenüber einer Wiedervereinigung Deutschlands.



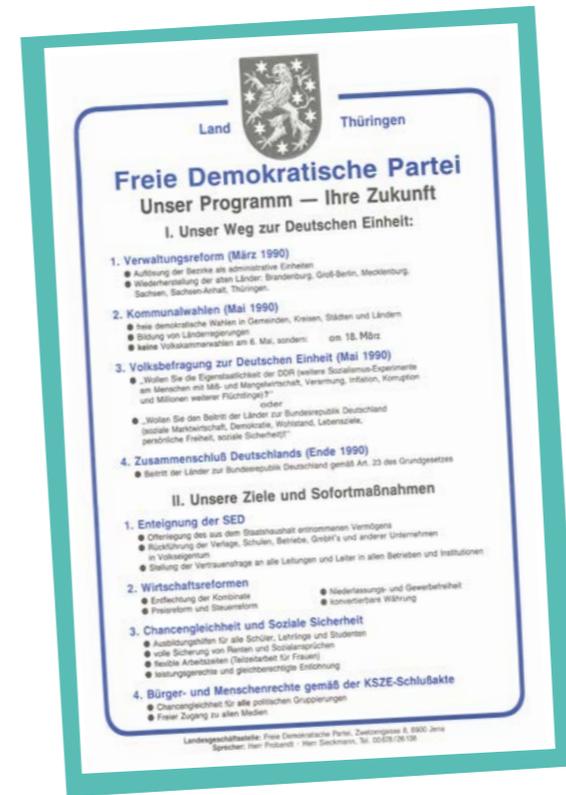
**Wolfgang Mischnick**  
auf einer Kundgebung  
der LDPD Plauen  
am 29. Januar 1990

Nicht nur eingedenk der liberalen Tradition hielt die FDP am Ziel der Wiedervereinigung unter der Voraussetzung fest, dass diese von einer Mehrheit der Deutschen gewollt, im Einvernehmen mit den Siegermächten des Weltkriegs und unter Bewahrung der bewährten Bindungen an den Westen vollzogen würde. Der „Wille zur Einheit“ in der deutschen Bevölkerung zeichnete sich nach den ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer Mitte März 1990 ab, als die Kräfte, die für einen Beitritt zur Bundesrepublik eintraten, eine überwältigende Mehrheit gewannen.

Bei der Frage, wie ein solcher „Beitritt“ gemäß Grundgesetz-Artikel 23 auch außenpolitisch durchgesetzt werden konnte, fiel Außenminister Genscher eine Schlüsselrolle zu, zumal Kanzler Kohl gegenüber Gorbatschow zunächst nicht ganz glücklich agierte hatte. Genscher konnte mit seiner anderthalb Jahrzehnte andauernden außenpolitischen Karriere für sich reklamieren, jenes „Deutschland, dem die Welt vertraut“, zu verkörpern, wie es bald darauf in einem sehr erfolgreichen Wahlslogan der FDP hieß.

**Bundestagswahlkampf**  
mit Wolfgang Mischnick  
in Görlitz, 8. Oktober 1990

**Flugblatt der LDPD**  
zur Volkskammerwahl  
im März 1990



**Flugblatt der FDP in der DDR**  
Unser Weg zur Deutschen Einheit, 1990

Sein Pfund waren die guten Beziehungen, die er zu den Akteuren aller vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und ebenso zu den kleineren europäischen Nachbarn aufgebaut hatte. Geschickt setzte er durch, dass sich die internationalen Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands auf die „Großen Vier“ und die beiden deutschen Staaten beschränkten, das sogenannte „Zwei-plus-vier“-Format. Da Genscher als überzeugter Europäer galt – „Europa ist unsere Zukunft, eine andere haben wir Deutschen nicht“ –, akzeptierten dies auch die kleineren Nachbarstaaten, wenn auch zum Teil mit einiger Skepsis.



**Kundgebung der LDPD Plauen**  
am 29. Januar 1990

Vor dem Hintergrund, dass die USA eine deutsche Wiedervereinigung ohne Zögern unterstützten und Briten und Franzosen sich dem, wenn auch etwas zaudernd, anschlossen, lag der „Schlüssel zur Wiedervereinigung“, wie schon Genschers großes Vorbild Thomas Dehler drei Jahrzehnte zuvor festgestellt hatte, in Moskau. Zusagen zur wirtschaftlichen Unterstützung der Sowjetunion und zur Reduzierung der Bundeswehr sowie das Vertrauen, das Genscher bei der Sowjet-Führung genoss, trugen dazu bei, dass diese Mitte Juli 1990 einer deutschen Wiedervereinigung unter Beibehaltung der Westbindung Gesamtdeutschlands zustimmte. Am 12. September 1990 konnte der Zwei-plus-vier-Vertrag unterzeichnet werden, der für Deutschland, territorial betrachtet, formal einen Schlussstrich unter den Zweiten Weltkrieg zog, indem es nun endgültig „souverän“ wurde. Damit war der Weg frei für die feierliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zur gesamtdeutschen Bundesrepublik drei Wochen später.



**Unterzeichnung des Abschlussdokumentes der 2+4-Verhandlungen**  
in Moskau, 12. September 1990

Auf europäischer Ebene hatte die deutsche Einheit noch ein „Nachspiel“, mit dem sich große Hoffnungen verbanden: Mit der Charta von Paris wurde Ende November im Epochenjahr 1990 auch die europäische Spaltung beendet. Die Charta war gewissermaßen die Fortschreibung der Schlussakte von Helsinki 15 Jahre zuvor, indem sich die 32 Signatarstaaten auf eine gemeinsame friedliche und demokratische Fortentwicklung des Kontinents verpflichteten. Europa schien zum Vorbild für eine liberale Zukunft der Menschheit zu werden, so wie es die liberalen Vordenker der Entspannung schon nach dem Ersten Weltkrieg und dann vor allem seit den 1960er Jahren geplant hatten. Wie damals erhofft, war in einem solchen vereinten Europa auch Platz für ein wiedervereinigtes Deutschland.



**Die Vereinigung der Liberalen zur gesamtdeutschen FDP**  
Die vier Vorsitzenden v.l.n.r.: Otto Graf Lambsdorff (FDP),  
Bruno Menzel (FDP der DDR), Lothar Ramin (Deutsche  
Forumspartei), Rainer Ortleb (LDP),  
Hannover, 11./12. August 1990

## 08 Was bleibt

Drei Jahrzehnte später fällt es schwer, die Aufbruchstimmung und Euphorie des Jahres 1990 nachzuvollziehen, das zweifellos den Höhepunkt einer liberal geprägten Entspannungspolitik bildete. Schon wenig später fielen durch den blutigen Konflikt beim Zerfall Jugoslawiens erste Schatten auf die verbreiteten Hoffnungen, nach dem nun überwundenen Kalten Krieg würde weltpolitisch eine neue, viel friedlichere Ära beginnen. Zum dauerhaften Problem sollte es immer mehr werden, die Auflösung der Sowjetunion in geordnete und friedliche Bahnen zu lenken. In vielen Fällen

„ Wir wollen, daß das neue Europa seine weltweite Verantwortung wahrnimmt. ... Die Entwicklung hin zu einem euro-atlantischen Kooperationsraum von Vancouver bis nach Wladiwostok eröffnet eine historische Entwicklungschance auch für die Entwicklungsländer des Südens.

Hans-Dietrich Genscher vor der UN-Vollversammlung, 25.9.1991

waren die Grenzen zwischen den verschiedenen nach Selbstständigkeit strebenden Nationalitäten schwer zu ziehen. Vor allem aber die immer deutlicheren Versuche Russlands, die seit 1990 wegen seines politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Bankrotts verlorene Weltmachtposition mit allen Mitteln wiederherzustellen, haben sich inzwischen zur schweren Hypothek für eine gedeihliche Zukunft Gesamteuropas entwickelt. Die nach 1990 fortgesetzten Bemühungen um gute Beziehungen zu Russland werden inzwischen sehr viel kritischer gesehen.



Das Deutschland,  
dem die  
Welt vertraut.

**F.D.P.**  
Die Liberalen

Das liberale Deutschland.

Wahlplakat der FDP  
zur Bundestagswahl 1990

In jedem Fall steht fest, dass die Entspannungspolitik die unerlässliche Ergänzung zur erfolgreichen Politik für die Einheit Deutschlands war: Ohne die umfassende Vertrauensbildung während der Ära der Entspannung auf europäischer Ebene wäre die deutsche Wiedervereinigung wohl nicht möglich gewesen. Dieser Zusammenhang war der Kern der liberalen Deutschland- und Ostpolitik seit Beginn der 1960er Jahre, immer natürlich begleitet von einer unumstößlichen Verankerung im westlichen Bündnis und der EU, unterstrichen durch West-Deutschlands zentralen Beitrag zur NATO.

Und diese Politik war zweifellos nicht nur aus deutscher Perspektive fruchtbringend. Denn mit dem Umbruch von 1989/90 wurde das „Reich der Freiheit“ weit nach Osten verschoben, die meisten osteuropäischen Völker und Staaten schlossen sich innerhalb weniger Jahre aus freien Stücken dem Westen, der NATO sowie der EU an und wollen diese Bindung nicht mehr aufgeben. Das ist bis heute ein überragender Erfolg der liberal geprägten Entspannungspolitik geblieben.



**Hans-Dietrich Genscher,  
Henry Kissinger und Michail Gorbatschow**  
in Halle (Saale), 5. Dezember 1993

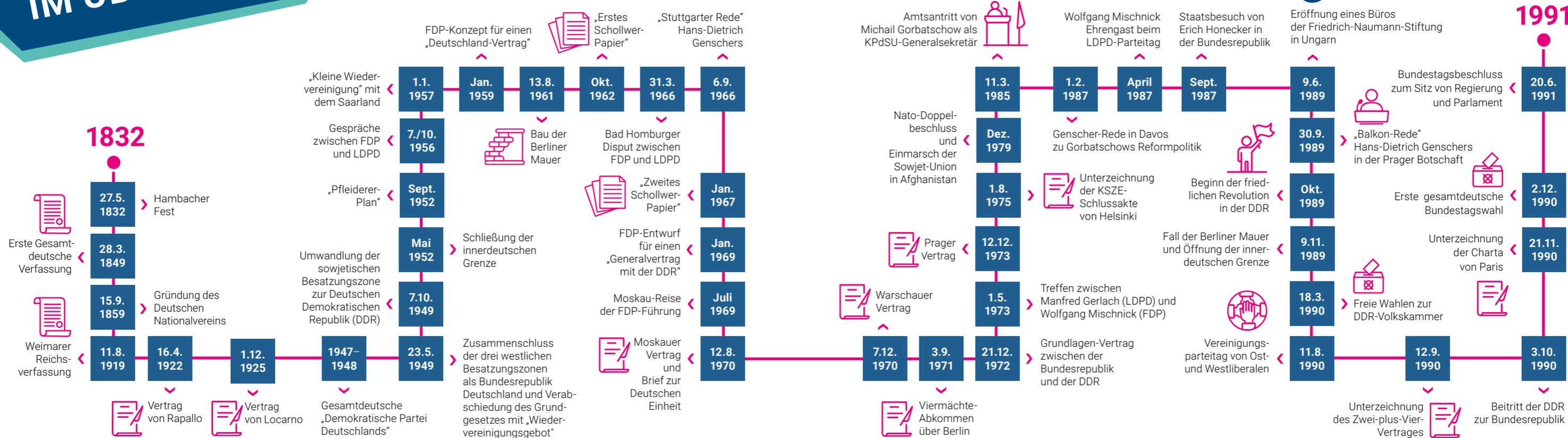
Innerhalb dieses „Befreiungsprozesses“ sind die deutschen Liberalen nicht nur ihren traditionellen Grundlagen als Anwälte der deutschen Einheit und Vorreiter der Entspannungspolitik treu geblieben; sie haben diesen Prozess auch konzeptionell und als politisch Handelnde mit Nachdruck und Ausdauer vorangetrieben. Sichtbarstes Zeichen für ihre deutschlandpolitische Avantgarde-Rolle war, dass die seit 1945 erhoffte Vereinigung der Liberalen aus Ost und West sechs Wochen vor der staatlichen Wiedervereinigung vollzogen wurde. Ihre Politik fand auch beim Wähler Anerkennung, wie der Erfolg bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zeigte, als in Halle an der Saale, der Heimatstadt von Außenminister Genscher, sogar ein Direktmandat gewonnen wurde. Ganz auf dieser Linie lag schließlich, dass die FDP-Bundestagsfraktion Mitte 1991 den Ausschlag dafür gab, den Sitz von Parlament und Regierung nach Berlin (zurück) zu verlegen.

Die deutschen Liberalen sind in Sachen Einheit und Freiheit ihrer großen Tradition ohne Zweifel auch nach 1945 gerecht geworden. Dass die deutsche Frage als großes Problem der Weltpolitik nach 1945 friedlich und im Einklang mit den Nachbarn gelöst wurde, ist nicht zuletzt ihr Verdienst.

” **Nur die Universalität der Beziehungen aller Völker kann für die Menschheit von Nutzen sein, und nur der Austausch geistiger Gedanken und wirtschaftlicher Verbindungen kann die vernünftige Evolution der Völker sichern.**

Gustav Stresemann im Reichstag, 23. Juli 1927

# IM ÜBERBLICK



**Bundestagswahlkampf mit Wolfgang Mischnick**  
in Reichenbach/Vogtland, 20. November 1990



**Hans-Dietrich Genscher**  
vor der Deutschen Botschaft in Prag, 2009



## **DIE FRIEDRICH-NAUMANN-STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT**

Für den liberalen Vordenker Friedrich Naumann stand fest: Eine starke Demokratie braucht mündige Bürger. Erst wenn der Einzelne am politischen Prozess teilnimmt und Verantwortung trägt, wenn er sich einmisch und seine Meinung vertritt, wächst und gedeiht eine liberale Gesellschaft. Die nach ihm benannte Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit setzt sich seit ihrer Gründung am 19. Mai 1958 durch Bundespräsident Theodor Heuss für die Werte der Freiheit, für Verantwortung, Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte in Deutschland und in der Welt ein.

Im Sinne des Begründers der liberalen Erwachsenenbildung setzt sich die Stiftung dafür ein, dass es auf der ganzen Welt weniger abhängige und mehr selbstbewusste, politisch aktive Bürger gibt – durch die internationale Stiftungsarbeit in über 60 Ländern, Studien- und Promotionsstipendien an Bewerber im In- und Ausland, politische Bildungsangebote, Veranstaltungen und Publikationen sowie historische Forschungsarbeit.

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wirbt für Freiheit und darum, die Verantwortung wahrzunehmen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist. Sie fördert eine tolerante, fortschrittliche, gut ausgebildete und leistungsgerechtere Gesellschaft – mit dem Ziel, möglichst vielen Menschen möglichst viele Chancen zu ermöglichen.

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

**FRIEDRICH NAUMANN**

(1860–1919), Namensgeber der Stiftung



## BILDLEGENDEN

Cover	Hans-Dietrich Genscher, Henry Kissinger und Michail Gorbatschow in Halle (Saale), 5.12.1993. Quelle/Rechte: ADL*, Fotosammlung Genscher, FG-55.
Seite 4	Ankündigungsplakat der FDP-Bundespartei anlässlich der 150-Jahrfeier des Hambacher Festes, 1982. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-859.
Seite 5	Lithographie: Preußen vertreibt die Germania, 1848. Quelle/Rechte: ADL, Grafiksammlung Baechle, GB-7.
Seite 5	Postkarte: Die Abgeordneten der Deutschen Nationalversammlung ziehen am 18.05.1848 in die Frankfurter Paulskirche ein, o.D. Quelle/Rechte: ADL, Grafiksammlung Baechle, GB-37.
Seite 5	Postkarte: Die deutsche Nationalversammlung tagt in der Paulskirche, o.D. Quelle/Rechte: ADL, Grafiksammlung Baechle, GB-38.
Seite 5	Mitgliedskarte des Deutschen Nationalvereins Coburg mit Statut von 1859 auf der Rückseite, 1861. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E1-757.
Seite 6	Flugblatt der Deutschen Demokratischen Partei anlässlich der Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung, 19.1.1919. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E2-657.
Seite 7	Wahlplakat der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zur Reichstagswahl 1924. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P0-1010.
Seite 7	Postkarte mit dem Motiv des Deutschen Nationaltheaters: Zur Erinnerung an die am 11.08.1919 zu Weimar angenommene Reichsverfassung der Deutschen Republik. Quelle/Rechte: ADL, Bestand Herbert Schmauser, N3-10.
Seite 7	Brief des Reichsministers des Auswärtigen Gustav Stresemann an Friedrich Spitzfadem über den Locarno-Vertrag, 19.11.1925. Quelle/Rechte: ADL, Bestand Friedrich Spitzfadem, 28809/1.
Seite 8	Ankündigungsplakat des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zum Landesparteitag am 17./18.9.1949 in Essen. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-27.
Seite 9	Koordinierungsausschuss der DPD: Gruppenfoto der Teilnehmer v.l.n.r. Günther Stempel, Wilhelm Ackermann, Curt-Christian Elster, Erich Frank, Nora Melle, Leonhard Moog, Günther Mossner, Wilhelm Falk, Arthur Lieutenant, Theodor Heuss, Wilhelm Külz, Anton Schöpke, Carl-Hubert Schwennicke, Hermann Kastner, Alphons Gaertner, Johannes Dieckmann, Max Suhrbier, Paul Scheffler, 10.7.1947. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung LDPD, FL2-1.
Seite 9	Postkarte anlässlich des außerordentlichen FDP-Bundesparteitages in Lübeck an die Liberalen der „Ostzone“ (DDR), 1953. Quelle/Rechte: ADL, Bestand Fritz R. Greuner, N99-20.
Seite 10	Ballonaktion mit Flugblättern des FDP-Ostbüros an der innerdeutschen Grenze, 1952/53. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung, F1-355a.

Seite 10	Plakat des FDP-Landesverbandes Bremen zur Bundestagswahl 1957. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P0-86.
Seite 10	Plakat des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 1961. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-149.
Seite 11	Treffen von FDP und LDPD in Weimar: v.l.n.r. Erich Mende, Walter Scheel, Wolfgang Döring, Harald Werthmann, Rudolf Agsten und Manfred Gerlach, 4.-6.10.1956. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Scheel, FS2-19.
Seite 11	Vertriebenenkongress der FDP in Lübeck - Besuch an der innerdeutschen Grenze, 12./13.8.1961. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Mischnick, FM1-152.
Seite 13	FDP-Bundesparteitag am 28. Januar 1960 in Stuttgart: v.l.n.r. Oswald Kohut, Wolfgang Schollwer und Erich Mende. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Schollwer, F10-29/87.
Seite 15	Wolfgang Schollwer am Rednerpult anlässlich der Tagung der LDP-Landesbeiräte Hessen und Rheinland-Pfalz am 12.4.1966 in Frankfurt/M. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Schollwer, F10-29/111.
Seite 17	Plakat des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Kommunalwahl 1964. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-208.
Seite 18	Flugblatt der FDP zur Bundestagswahl 1969. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E2-88
Seite 20	Moskauer Vertrag: Begrüßung in Moskau, v.l. Willy Brandt, Aleksej Kossygin und Walter Scheel, August 1970. Foto: Darching. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung, FD-327a.
Seite 21	Warschauer Vertrag: Walter Scheel, Willy Brandt, Josef Cyrankiewicz und Stefan Jedrychowski bei der Vertragsunterzeichnung im Palais des Ministerrats, Dezember 1970. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Scheel, FS10-27a.
Seite 22	Besuch Wolfgang Mischnicks bei der Fraktion der LDPD in Berlin (Ost), 31.5.1973. Foto: Gisela Funke. Nutzungsrecht FNF. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung LDPD, FL2-76b.
Seite 22	Brief zur „Deutschen Einheit“: Bundesaußenminister Walter Scheel an seinen sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko, Moskau, 12.8.1970. Quelle/Rechte: ADL, Bestand Walter Scheel, 30491/20.
Seite 23	KSZE-Konferenz in Helsinki: Andrei Gromyko begrüßt Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, 1975. Foto: Darching. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung, FD-164.
Seite 24	14. Parteitag der LDPD, 8.-9.4.1987 in Weimar: Begrüßung der Ehrengäste: Manfred Gerlach schüttelt Wolfgang Mischnick die Hand. Foto: Gisela Funke. Nutzungsrecht FNF. ADL, Fotosammlung LDPD, FL2-77e.
Seite 26	Flugblatt der FDP-Bundestagsfraktion, 1976. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E1-312.

Seite 27	Wolfgang Mischnick vor dem Johannes-Dieckmann-Haus, Geschäftsstelle der LDPD in Dresden, 16.4.1987. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Mischnick, FM5-411.
Seite 28	Hans-Dietrich Genscher an der Gedenktafel auf dem Balkon der Prager Botschaft, 2009. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Genscher, FG-56.
Seite 30	Wolfgang Mischnick auf einer Kundgebung der LDPD Plauen am 29.1.1990. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Mischnick, FM5-537a, c.
Seite 30	Flugblatt der LDPD zur Volkskammerwahl 1990. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E2-674.
Seite 30	Bundestagswahlkampf mit Wolfgang Mischnick in Görlitz, 8.10.1990. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Mischnick, FM5-529
Seite 31	Flugblatt der FDP in der DDR: Unser Weg zur deutschen Einheit, 1990. Quelle/Rechte: ADL, Flugblattsammlung, E2-565.
Seite 32	Unterzeichnung des Abschlussdokumentes der 2+4-Verhandlungen in Moskau, 12.9.1990: am Tisch v.l.n.r. Außenminister James Baker (USA), Douglas Hurt (GB), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (F), Lothar de Maiziere (DDR), Hans-Dietrich Genscher (D) im Hintergrund stehend u.a. Michail Gorbatschow, Condoleezza Rice. Foto: Darching. Nutzungsrecht FNF: ADL, Fotosammlung, FD-201.
Seite 33	Die Vereinigung der Liberalen zur gesamtdeutschen FDP: Die vier Vorsitzenden v.l.n.r.: Otto Graf Lambsdorff (FDP), Bruno Menzel (FDP der DDR), Lothar Ramin (Deutsche Forumpartei), Rainer Ortleb (LDP), Hannover, 11./12.8.1990. Foto: Darching. Nutzungsrecht FNF: ADL, Fotosammlung, FD-96a.
Seite 35	Wahlplakat der FDP zur Bundestagswahl 1990. Quelle/Rechte: ADL, Plakatsammlung, P1-1658.
Seite 36	Hans-Dietrich Genscher, Henry Kissinger und Michail Gorbatschow in Halle (Saale), 5. Dezember 1993. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Genscher, FG-55.
Seite 40	Bundestagswahlkampf mit Wolfgang Mischnick in Reichenbach/Vogtland, 20.11.1990. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Mischnick, FM1-588b.
Seite 41	Hans-Dietrich Genscher vor der Deutschen Botschaft in Prag, 2009. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Genscher, FG-57.
Seite 42	Truman Haus und Neubau: Geschäftsstelle der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in Potsdam-Babelsberg. Quelle/Rechte: dpa, picture-alliance_9028798.
Seite 43	Friedrich Naumann im Profil, 1919. Quelle/Rechte: ADL, Fotosammlung Naumann, FN3-13.

\*ADL = Archiv des Liberalismus

## QUELLEN UND LITERATUR (AUSWAHL)

Die beiden **Schollwer-Papiere** sind schnell greifbar unter: <https://www.freiheit.org/de/grundsatzprogramme-und-dokumente> (unter 1962 und 1967).

**Kerstin Brauckhoff, Irmgard Schwaetzer (Hrsg.):** Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik., Wiesbaden 2015.

**Volker Erhard:** Die Schollwer-Papiere von 1962 und 1967 – Meilensteine auf dem Weg der FDP zur Neuen Deutschland- und Ostpolitik, in: Reinhard Hübsch/Jürgen Frölich (Hrsg.), Deutsch-deutscher Liberalismus im Kalten Krieg., 1997, S. 237-251.

**Jürgen Frölich:** (K)Ein besonderer liberaler Weg zur Annäherung zwischen beiden deutschen Staaten? Die Kontakte zwischen FDP und LDPD in den 1970er und 1980er Jahren. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 20, 2008, S. 199-212.

**Hans-Dietrich Genscher:** Erinnerungen, Berlin 1995.

**Sven Prietzel:** Leidenschaftlich pragmatisch für Deutschland. Wolfgang Mischnick und der Liberalismus während der deutschen Teilung, Berlin 2015.

**Walter Scheel:** Erinnerungen und Einsichten., Stuttgart 2004.

**Wolfgang Schollwer:** Potsdamer Tagebuch 1948-1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung. Herausgegeben von Monika Faßbender, München 1988.

**Wolfgang Schollwer:** FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961-1966. Herausgegeben von Monika Faßbender, München 1994.

**Wolfgang Schollwer:** Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951-1957. Herausgegeben von Jürgen Frölich, Bremen 2004.

**Wolfgang Schollwer:** Da gibt es in der FDP noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten... Aufzeichnungen aus der FDP-Bundesgeschäftsstelle 1966-1970. Herausgegeben von Jürgen Frölich, Bremen 2007.

**Mathias Siekmeier:** Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1998.

**Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit**

Karl-Marx-Straße 2

14482 Potsdam

[www.freiheit.org](http://www.freiheit.org)

ISBN 978-3-9822020-9-9